

Parität, Gleichstellungs-Check und Gender Budgeting – Für eine gerechte und ausgewogene Politik!

AUSGANGSLAGE

In Deutschland bestehen weiterhin erhebliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten – sowohl in der politischen Repräsentation als auch in der Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Auswirkungen politischer Entscheidungen:

- Der Frauenanteil im Bundestag liegt bei 34 %, in Landesparlamenten im Durchschnitt bei unter 35 % und in kommunalen Parlamenten bei durchschnittlich 30 %. In ländlichen Regionen ist er noch niedriger. Diese Zahlen zeigen: Frauen sind in Entscheidungspositionen weiterhin deutlich unterrepräsentiert.
- Es gibt keine verbindliche Prüfung von Gesetzen auf geschlechtsspezifische Auswirkungen. Dies führt dazu, dass Entscheidungen oft unbeabsichtigt Benachteiligungen verstärken oder wichtige Bedürfnisse von Frauen ignorieren. Manchmal wird dies bewusst in Kauf genommen.
- Öffentliche Gelder werden nicht zwangsläufig geschlechtergerecht verteilt. Das verstärkt soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Die Wahlrechtsreform, die den Bundestag verkleinert, könnte die Repräsentation von Frauen zusätzlich schwächen. Der Frauenbund hatte davor gewarnt und gefordert, dass ein neues Wahlrecht zwingend eine Paritätsregelung enthalten muss – leider vergeblich.

UNSERE FORDERUNGEN

- Ein bundesweites Paritätsgesetz, das eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen und Männern in politischen Ämtern und Entscheidungsgremien sicherstellt.
- Verpflichtende Gleichstellungs-Checks für alle Gesetzesvorhaben, um sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit bei jeder politischen Entscheidung berücksichtigt werden.
- Die Einführung von Gender Budgeting, einer geschlechtersensiblen Methode zur Planung und Analyse öffentlicher Haushalte, damit öffentliche Gelder geschlechtergerecht verteilt und die Gleichstellung aktiv gefördert wird.

Parität, Gleichstellungs-Check und Gender Budgeting – Für eine gerechte und ausgewogene Politik!

BEGRÜNDUNG

All die geforderten Maßnahmen fördern gleichberechtigte politische Teilhabe, geschlechtergerechte Gesetzgebung und fairen Ressourceneinsatz. Parität stärkt die Demokratie, Gleichstellungs-Checks verhindern strukturelle Diskriminierung und Gender Budgeting sorgt für nachhaltige Chancengleichheit. Der Frauenbund fordert, diese Instrumente als Grundpfeiler einer modernen, gerechten Gesellschaft zu etablieren.

Ein **Paritätsgesetz** soll eine gleichmäßige Vertretung von Frauen und Männern in politischen Ämtern sicherstellen. Frauen bringen Perspektiven ein, die oft fehlen, etwa zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder zur Pflege. Ohne Parität bleiben solche Anliegen ungehört.

Das neue Wahlrecht ermöglicht eine paritätische Mandatsverteilung. Sitze aus Zweitstimmen könnten so vergeben werden, dass die Geschlechterdifferenz höchstens ein Mandat beträgt. Das würde die Gremien vielfältiger und repräsentativer machen.

Gleichstellungs-Checks prüfen, wie politische Maßnahmen Frauen und Männer betreffen. Sie identifizieren Benachteiligungen und fördern gerechte Lösungen.

Gesetzesvorhaben werden vorab analysiert, um ungleiche Wirkungen zu vermeiden. So könnten Gleichstellungs-Checks sicherstellen, dass Regelungen wie das Ehegattensplitting nicht langfristig Frauen benachteiligen.

Gender Budgeting sorgt dafür, dass öffentliche Gelder die Gleichstellung fördern. Ohne diese Methode verstärken Budgets oft bestehende Ungleichheiten.

Konkrete Maßnahmen wären die Förderung von Frauen in Führungspositionen, der Ausbau von Betreuungsangeboten oder mehr Mittel für Weiterbildungsprogramme. Gender Budgeting schafft gerechtere Rahmenbedingungen.

Stand: Dezember 2024

Katholischer Deutscher Frauenbund e. V.
Kaesenstraße 18 | 50677 Köln

www.frauenbund.de

FAZIT

Die ungleiche Repräsentation von Frauen in der Politik und die fehlende Berücksichtigung von Geschlechterperspektiven sind strukturelle Probleme, die dringenden Handlungsbedarf haben. Parität, Gleichstellungs-Checks und Gender Budgeting bieten konkrete Lösungen, um eine moderne, gerechte Demokratie zu gestalten.

Der Frauenbund ruft die Politik auf, diese Instrumente endlich zu verankern. Nur so kann eine gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter sichergestellt und echte Gleichstellung erreicht werden.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten:



Stiftung

Stiftungskonto:
DE53 3606 0295 0000 3040 50
Bank im Bistum Essen